

Arbeitsplatzvernichtung in Feuerbacher Metallbetrieben

Bei den Streikaktionen im Rahmen der diesjährigen Tarifrunde spielte auch der Protest gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau in Feuerbacher Betrieben eine Rolle. KollegInnen von Bosch, Coperion, KBA MetalPrint und Mahle Behr kämpften auch für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Gut war, dass unter dem Motto „Solidarität gewinnt“ die Betriebe zusammengefasst waren. Sie sind alle gleichermaßen von Personalabbau und Lohnverzicht bedroht, und es geht überall um das Gleiche: Gewinnmaximierung auf dem Rücken der Beschäftigten. Allein in diesen vier Unternehmen haben die Kapitalisten angekündigt, circa 2000 Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Sie wollen die Krise ausnutzen, um die Leute rauszuschmeißen. Eine große Sauerei.

Bei **KBA MetalPrint**, der auf Blechdruck spezialisierte Standort des Druckmaschinenherstellers Koenig & Bauer, will trotz guter Auftragslage 105 von 320 KollegInnen loswerden. Ihr Transparent „Wer mit uns nicht rechnet, hat sich verrechnet“ hat die kampferfahrene Belegschaft schon bei vielen Kämpfen begleitet. Erfolgreich haben sie in den letzten ca. 20 Jahren mit kreativen Kampfmaßnahmen die oft angekündigte Schließung des Standortes verhindert.

Bei **Coperion**, der direkte Nachbar- und ebenfalls ein Maschinenbaubetrieb, sollen fast 100 der knapp 900 Arbeitsplätze vernichtet werden, trotz ebenfalls sehr guter Geschäftsentwicklung. Außerdem sollen die Löhne gekürzt werden.

Bosch Feuerbach will im Maschinenbau bis zu 250 Arbeitsplätze abbauen. Im IT-Bereich soll vieles nach Osteuropa und Indien verlagert werden. Hier sind fast 500 KollegInnen betroffen. Auch in der Produktion befürchtet der Betriebsrat in den kommenden zehn Jahren ein langsames Ausbluten.

Mahle, ein Automobilzulieferer, will in Stuttgart über 800 Stellen abbauen, 380 davon bei Mahle Behr in Feuerbach. „Der Abbau ist nur zu einem kleinen Teil auf Produktumstellungen zurückzuführen. Bei einem großen Teil will das Unternehmen Arbeitsplätze schlicht in billigere Länder verlagern... Den Corona-Kapitalismus lassen wir hier nicht zu... Lasst uns vernetzen, lasst uns gemeinsam dagegen stehen“, erklärt Ljiljana Culjak, Betriebsratsvorsitzende von Mahle Behr. Seit August 2020 demonstrieren dort die Vertrauensleute jede Woche einmal um das Werksgelände, um gegen die angekündigten Entlassungen zu protestieren.

Wir wünschen den KollegInnen viel Erfolg in ihrem Kampf.

Ich will mehr Informationen über die DKP erhalten:

- o Ich möchte die Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021 und weitere Informationen über die DKP erhalten.
- o Ich möchte Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe.
- o Ich möchte die Wochenzeitung der DKP – UZ – sechs Wochen probelesen (Print und Online, endet automatisch und ist kostenfrei).

Name, Vorname _____

Mailadresse _____

Adresse _____

Infos: <https://dkp.de/>

Kontakt: mail@dkp-stuttgart.org



V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105

Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Analyse der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie Mehr Schatten als Licht

Über eine Million Kolleginnen und Kollegen legten sich in vielfältigen und kreativen Aktionen ins Zeug, um eine sowieso schon bescheidene Forderung nach 4 Prozent höheren Tariflöhnen sowie Vereinbarungen zu einer etwas sichereren Zukunft zu erkämpfen. Allein in Baden-Württemberg protestierten über 90.000 MetallerInnen bereits in der Friedenspflicht, und über 220.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich bei rund 600 Aktionen an Warnstreiks. Der Höhepunkt war die Menschenkette von Bosch Feuerbach zu Porsche nach Zuffenhausen am 25. März mit über 6.000 Beteiligten aus zahlreichen Betrieben.

Nach Angaben des Kapitalistenverbandes betrug die Löhne (inklusive der Wasserköpfe) 210,4 Milliarden Euro. Eine Erhöhung von 4 Prozent wären dann 8,4 Milliarden Euro gewesen. Zuviel? Nun, die Gewinne lagen 2019 bei 33,2 Milliarden Euro (aus Gesamtmetall.de/aktuelle Daten). Seit den 1980er Jahren haben die Löhne bei weitem nicht mehr mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität mitgehalten, deshalb die riesigen Gewinne, die das Kapital einfahren konnte.

Die Metallkapitalisten haben diese Tarifrunde sehr gezielt genutzt, um eine Vielzahl von Angriffen auf die Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung zu fahren. Der Horrorkatalog von Südwestmetall (SWM) griff alles an: Löhne, Sonderzahlungen, Spät- und Nachtschichtzuschläge, Pausenregelungen (Dreischichtpause/Steinkühlerpause), Alterssicherung (Kündigungsschutz/Verdienstsicherung), Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld usw. Nach vier Wochen Warmlaufen und sichtbarer großer Kampfbereitschaft machte der IGM-Bezirk in Nordrhein-Westfalen mit den Kapitalisten einen Pilotabschluss. Dem folgte Baden-Württemberg kurz vor Ostern.

Wenn Kapitalisten jubeln

Das Kapital jubelte: „Unterm Strich bedeutet das: Wir haben unsere Ziele dieser Tarifrunde erreicht. Es gibt keine zusätzlichen Belastungen der Unternehmen in diesem Jahr, es gibt keinen Einstieg in eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in unserer Branche und wir haben mit der automatischen Differenzierung ein neues Prinzip eingeführt.“ (Presseerklärung Gesamtmetall, 30. März 2021)



Wenn Kapitalisten jubeln, sollte das zu denken geben. Auszubaden haben es jedenfalls die KollegInnen. Denn der Abschluss ist nicht gut. Wie die IG Metall mit solchen Abschlüssen wieder mehr Mitglieder bekommen will, bleibt das Geheimnis des IGM-Vorstandes.

Der Abschluss in Baden-Württemberg lässt sich wie folgt bewerten:

1. Es gibt auch für 2021 keine tabellenwirksame Lohnerhöhung - bis Ende der Laufzeit sind dies insgesamt 4 ½ Jahre ohne Lohnerhöhung, was Reallohnabsenkung bedeutet.
2. Für 2021 gibt es eine sog. Corona-Prämie von 500,-€ netto - knappe 10 € pro Monat.
3. Das sogenannte Transformationsgelt (Trafogeld) von 2,3% ist im Prinzip, jedes Jahr auf's Neue, ein zinsloser Kredit an die Kapitalisten. Es wird ab 1. Juli angespart und dann im Februar 2022 ausgezahlt - nach 8 Monaten 18,4% eines Monatsentgelts. In den Folgejahren ergibt dies bei 12 Monaten dann 27,6%. Das Trafogeld muss aber nicht ausgezahlt werden. Wahlweise kann die Arbeitszeit abgesenkt und als Teillohnausgleich genutzt werden. Damit ist es letztendlich eine selbstbezahlte Arbeitszeitverkürzung. Mit 2,3% lässt sich aber nicht einmal eine Stunde finanzieren. Es können noch andere Sonderzahlungen wie das Weihnachtsgeld für den selbstbezahlten Teillohnausgleich eingesetzt werden. Die Arbeitszeit kann bis auf 28-Stunden abgesenkt werden!
4. Ein Tabubruch: Liegt die Nettoumsatzrendite unter 2,3 % oder würde sie unter 2,3 % sinken, wenn das T-ZUG B (400 €) ausgezahlt würde, kann die Geschäftsleitung durch einfache Erklärung den Anspruch entfallen lassen. Davon könnten laut Stuttgarter Zeitung fast 60 % der Betriebe profitieren. Außerdem kann bei schlechter Wirtschaftslage das Weihnachtsgeld halbiert werden. Das bedeutet, dass mühsam erkämpfte Errungenschaften vom Kapital kassiert werden können, wenn die Gewinne nicht stimmen. Das Geschäftsrisiko wird somit auf die Beschäftigten verlagert. Das ist nicht hinnehmbar!
5. Unternehmen können individuelle Arbeitszeiten mit ihren Beschäftigten vereinbaren, unter der Vorgabe, dass die durchschnittliche Arbeitszeit im Betrieb zwischen 34 und 36 Stunden pro Woche beträgt. Das ist ein effektives Aufgeben der 35-Stunden-Woche. So ist es für die Betriebe möglich, sich in weniger benötigten Bereichen Teilzeitkräfte zu holen, während sie 40-Stunden-Verträge für die dringend benötigten Bereiche abschließen. Ergebnis ist, dass die einen nicht von ihrem Gehalt leben können, während die anderen sich kaputtarbeiten. Auch erschwert ein solcher Korridor immens künftige Forderungen nach einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung. Nicht zuletzt ist dieser Abschluss ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen im Osten, die für eine 35-Stunden-Woche, für die Angleichung Ost an West kämpfen.
6. Die Flächentarifverträge werden weiter ausgehöhlt, betriebliche Abweichungen zugelassen und somit ein uraltes gewerkschaftliches Prinzip (die Starken ziehen die Schwachen mit) aufgeweicht. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen werden so wehrlos gemacht!

Ergebnis für Auszubildenden und Dual Studierende

Die Auszubildenden bekommen in 2021 300 € Corona-Prämie. Es gibt Verbesserungen für moderne Lehr- und Lernmittel. Nach fast 50 Jahren Kampf gelten jetzt auch für Dual-Studierende die Tarifverträge (Sonderzahlungen, Urlaubsgeld, T-ZUG, Arbeitszeit, Urlaubstage, Vergütungsregelung). Seither gab es nur vereinzelte Regelungen in Haus-TVs. Das ist in Baden-Württemberg ein kleiner Erfolg, dass dies endlich nach vielen Anläufen durchgesetzt werden konnte und rund 10.000 junge Menschen in die Tarifbindung kommen. Bei den Übernahmeregelungen der Ausgebildeten gibt es allerdings noch Verbesserungsbedarf.

Es gibt viele Möglichkeiten gegen diesen Tarifabschluss zu protestieren, der letztendlich Reallohnverlust und Aufgabe bereits erkämpfter Errungenschaften bedeutet. Besuche in der Sprechstunde des Betriebsrates, der Betriebsrat kann auch Inforunden ansetzen zur Aufklärung dieses Tarifdschungels oder Extra-Betriebsversammlungen (§ 43,1 BetrVG) durchführen. Vertrauensleuteversammlungen können bei der IGM-Führung protestieren.

Aus der Geschichte lernen

In der Geschichte unseres Landes kam es schon des Öfteren zu spontanen Arbeitsniederlegungen, wenn die Tarifabschlüsse nicht ausreichten um Reallohnverluste zu verhindern. Das Jahr 1973 war von Februar bis Oktober geprägt von sogenannten wilden Streiks. Bundesweit beteiligten sich nach IGM-Angaben weit über 300.000 Kolleginnen und Kollegen aus 458 Betrieben während der Friedenspflicht. Bereits kurz nach dem Tarifabschluss zog sich eine Streikbewegung ausgehend vom Ruhr-gebiet durchs ganze Land. Erreicht wurde damals z.B. bei der Stuttgarter Trafo-Union eine Teuerungszulage von 50,- Mark im Monat. In anderen Betrieben konnten höhere Zuschläge bei Schicht- oder Samstagsarbeit, bessere Eingruppierungen oder Weihnachtsgeld etc. durchgesetzt werden. **Also - kämpfen lohnt sich!**

Vernichtung von 4000 Arbeitsplätzen bei Daimler erst mal vom Tisch

Nach 6 Monaten zähen Verhandlungen und zahlreichen Aktionen wurde im Februar für den Daimler Standort Untertürkheim ein Zukunftspaket beschlossen. Nach den Plänen der Werkleitung sollten ursprünglich 4.000 Arbeitsplätze den Profitinteressen zum Opfer fallen - so die Ansage letzten Sommer. Das wäre mehr als jeder 5. Arbeitsplatz gewesen. Die vereinbarten Produktionszusagen beim konventionellen Antrieb wollte die Werkleitung nicht mehr einhalten und die Produktion nach Osteuropa verlagern, wo die Löhne entsprechend billiger sind. Dieser Vertragsbruch hatte zu großem Unmut geführt. Tausende protestierten bei zahlreichen Aktionen. Dies hat dem Betriebsrat den Rücken gestärkt, und letztendlich zu dem Ergebnis geführt.

Untertürkheim soll zum Kompetenzzentrum für Antriebstechnologie werden. Außerdem werden über 20 zukunftsfähige Produkte zukünftig am Standort produziert, was Beschäftigung sichert. Damit soll auch der Technologiewechsel hin zum Elektro-Antrieb gestaltet werden. Ausscheidungsvereinbarungen sollen weiterlaufen, ebenso freiwillige Wechsel an andere Standorte. Allerdings machen weder Betriebsrat noch Werkleitung Angaben über die Höhe der Beschäftigung in den nächsten Jahren. Dies kann der Komplexität des Abschlusses geschuldet sein und der schwierigen Einschätzung kommender Entwicklungen, weist aber auf jedenfalls auch darauf hin, dass es zu weiterem Arbeitsplatzabbau kommen kann.

Eine Kröte im Abschluss ist, dass bei temporärem Bedarf in der Produktion bis zu 15 % über Leiharbeit abgedeckt werden kann (seither bis max. 8 %). Was außerdem verwundert ist, dass im Herbst noch von 19.000 Beschäftigten im Werk die Rede war, mittlerweile nur noch von 18.000 gesprochen wird. Das deutet darauf hin, dass bereits ca. 1000 KollegInnen ausgeschieden sind. Dies bestätigt den allgemeinen Trend in der Automobilindustrie, dass bei steigenden Produktionszahlen (11%), trotzdem über 30 % aller Arbeitsplätze abgebaut werden sollen.

Was im Abschluss komplett fehlt ist der Gedanke für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Weniger Individualverkehr, Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens, Stadt der kurzen Wege wären sozial-ökologische Ziele. Aber dazu braucht es einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel und einen entsprechenden Druck auf Politik und Konzerne.